

## Der islamische Frühling in der Arabischen Welt – Demokratieförderung zur Schaffung ziviler Sicherheit



Alexander Ritzmann

Nummer 8 · März 2012

### Abstract

- Die sich im Umbruch befindlichen arabischen Staaten stehen erst am Anfang ihres jeweils neuen, eigenen Weges. Diejenigen, die sich in Richtung einer pluralistischen Demokratie entwickeln, werden für sich und ihre Nachbarstaaten Demokratiedividenden generieren, die unter anderem zu einem Zuwachs an ziviler Sicherheit führen. Denn mehr Demokratie in der Arabischen Welt führt zu weniger militanter Opposition innerhalb der jeweiligen Staaten und würde somit den Export von Extremisten und deren Ideologien auch nach Europa verringern. Europäische Demokratieförderung und der direkte Dialog mit pro-demokratischen Islamisten in der Arabischen Welt sind deshalb im europäischen und deutschen Interesse.
- Umfragen zufolge wollen fast 90% der Ägypter den Einfluss der *Scharia* in der Politik und verbinden damit zu über 85% Frauenrechte, Menschenrechte, soziale Gerechtigkeit, Förderung der Wissenschaften und Minderheitenschutz. Entscheidend ist nicht, dass sich eine *Scharia*-Demokratie vom westlich-liberalen Modell unterscheiden würde, sondern wie die *Scharia* in Verfassung und Tagespolitik in Bezug auf bürgerliche Freiheiten sowie die Rechte von Frauen und Minderheiten interpretiert wird. Ein islamisch-arabisches Demokratiemodell könnte akzeptanz- und identitätsstiftend sein, Extremisten die Rekrutierung von Anhängern erschweren und positive Impulse in die europäische Diaspora senden.
- Die von den islamistischen Wahlsiegern über Jahrzehnte in der illegalen Opposition oder im Exil entwickelten Konzepte, Programme und Forderungen müssen nun mit der vorgefundenen Realität in Einklang gebracht werden. Die Funktionäre der Muslimbruderschaft stammen aus dem gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Mittelstand. Zwar werden auch dort hitzige Debatten über den israelisch-palästinensischen Konflikt und die diesbezügliche Rolle Europas und der USA geführt, letztendlich muss die Bruderschaft jedoch Lösungen für die Brot-und-Butter-Themen liefern.
- Ob die Muslimbrüder und Teile der Salafisten in Sachen Demokratie und Menschenrechte ehrliche Protagonisten sind oder doch insgeheim eine antidemokratische Agenda verfolgen, lässt sich zum gegenwärtigen Zeitpunkt nicht sagen. Ein konsequentes Monitoring der parlamentarischen Aktivitäten der islamistischen Gruppierungen erscheint gegenwärtig als das geeignetste Vorgehen. Die wirksame Implementierung der neuen EU-Nachbarschaftsinitiative, in der ein „mehr“ an Demokratie, Pluralismus und Menschenrechten in Transformationsstaaten finanziell belohnt wird, Rückschritte dagegen sanktioniert werden, ist zudem dringend notwendig.

## Einleitung

Die im Januar 2011 begonnenen politischen Umbrüche in der Arabischen Welt bergen gewaltige Chancen für die beteiligten Länder selbst, aber auch für Europa. Denn die arabischen Staaten und Europa verbindet neben einer Vielzahl von Themen der politischen, wirtschaftlichen und Entwicklungszusammenarbeit auch ein gemeinsames Interesse an innerer und äußerer Sicherheit.

In diesem Essenz-Papier wird die Wechselwirkung zwischen Demokratieförderung und langfristiger ziviler Krisenprävention beziehungsweise ziviler Sicherheit im Kontext der Wahlerfolge islamistischer Parteien diskutiert. Dem liegt die These zugrunde, dass pluralistische Demokratien weniger militante Opposition generieren als andere Regierungsformen. Wenn sich die gegenwärtig in Transformationsprozessen befindlichen Staaten in Richtung freiheitlicher Demokratien entwickeln würden, so könnten davon nicht nur die jeweiligen Gesellschaften selbst, sondern auch die europäischen, afrikanischen und vorderasiatischen Nachbarstaaten profitieren. Mehr politische Freiheit und wirtschaftliche Gerechtigkeit in den arabischen Staaten würden auch die indirekten Effekte von Korruption und politischer Verfolgung, beispielsweise illegale Migration und Flucht von Extremisten nach Europa, verringern.

Um die aus deutschem und europäischem Interesse heraus notwendigen strategischen Positionen und Partnerschaften mit den neuen dominanten politischen Kräften in Nordafrika und im Nahen Osten zu entwickeln, ist es wichtig, sich Klarheit über deren Struktur und Absichten zu verschaffen. Denn für viele überraschend werden die in Tunesien und Ägypten aus den Wahlen Ende 2011 als Sieger hervorgegangenen islamistischen Parteien nicht müde, ihr Bekenntnis zu Freiheit, Demokratie und Menschenrechten zu wiederholen. Mit diesem Papier soll deshalb auch ein Beitrag zur aktuellen Diskussion über die islamistischen Kräfte, namentlich die Muslimbrüder und die Salafisten, und deren Verhältnis zur Demokratie anhand konkreter Beispiele geleistet werden. Von besonderem Interesse ist in diesem Kontext das immer wieder auftauchende Konzept der „islamischen Demokratie“ als mögliche regionale Regierungsform.

Der Fokus wird hier auf Tunesien, als Impulsgeber und Vorreiter der Umbrüche, und auf Ägypten, als politisch und strategisch wichtigstem Partner Deutschlands und der Europäischen Union in der Region, gelegt. Außerdem werden Handlungsempfehlungen an die Bundesregierung und die EU-Kommission für den Umgang mit den islamistischen Organisationen und für die Entwicklung eines kohärenten pro-demokratischen Anreizsystems im Rahmen der neuen EU-Nachbarschaftspolitik gegeben.

# MEHR DEMOKRATIE SCHAFFT MEHR SICHERHEIT.

## 1. Der Zusammenhang von Demokratieförderung und ziviler Sicherheit

Demokratieförderung ist ein in Europa seit Jahrzehnten etabliertes Instrument der Außen- und Entwicklungspolitik mit dem Organisationen oder Individuen unterstützt werden, die sich innerhalb ihres Landes für Demokratie, Menschenrechte, Rechtsstaatlichkeit und Pluralismus engagieren. Zusammengefasst werden unter Demokratieförderung üblicherweise alle nicht-militärischen Maßnahmen verstanden, die eine Etablierung, Stärkung oder Wiederherstellung demokratischer politischer Ordnung zum Ziel haben.<sup>1</sup> Demokratieförderung soll dabei ebenso zur Verringerung der weltweiten Armut beitragen wie zur Verhinderung von Staatszerfall, zur Verhütung gewaltsamer Konflikte oder zur Bekämpfung des internationalen Terrorismus.<sup>2</sup> Die Förderung von Demokratie und *good governance* (Gute Regierungsführung) sind außerdem zur Flankierung von Entwicklungsprojekten, beispielsweise in den Bereichen Infrastruktur, Armutsbekämpfung oder Umweltschutz deshalb notwendig, weil sie deren nachhaltige Wirksamkeit unterstützen bzw. erst ermöglichen.

In Deutschland sind das Auswärtige Amt, das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit

und Entwicklung, die Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ), politische Stiftungen sowie eine Vielzahl weiterer Nicht-Regierungsorganisationen (NGOs) in diesem Feld aktiv. Demokratieförderung ist grundsätzlich kein einfaches Betätigungsfeld. Neben der Vielzahl der Akteure ist die sorgsame Auswahl der geeigneten Instrumente und der passenden Adressaten ausgesprochen schwierig. Außerdem wird ein möglicher Erfolg erst nach einiger Zeitverzögerung sichtbar.<sup>3</sup>

Die Europäische Union hat mit der Einführung ihrer neuen Nachbarschaftsinitiative<sup>4</sup> vom Juni 2011 versucht, aus den Fehlern der Vergangenheit im Umgang mit Diktaturen und Reformverweigerern zu lernen. Von nun an sollen (nur) ein „mehr“ an Freiheit, Demokratie, Pluralismus und Menschenrechten bei den Partnerländern zu einem „mehr“ an Kooperation und Unterstützung von Seiten der EU führen. Dieses als *more for more* beziehungsweise *less for less* bekannte Konzept wird auch von der Bundesregierung unterstützt. Weil es in der Vergangenheit immer wieder Zusagen und Vereinbarung von Diktaturen zur Verbesserung der Menschenrechte und Demokratie

gegeben hat, denen kaum oder keine Taten folgten,<sup>5</sup> wird die Umsetzung, insbesondere die Konkretisierung der Kriterien und das Monitoring, für den Erfolg des *more for more*-Konzepts entscheidend sein. Wie Jörg Faust zutreffend herausstellt, ist zudem eine Harmonisierung und Abstimmung der Gebernationen untereinander notwendig, damit ein kohärentes Anreizsystem geschaffen wird.<sup>6</sup>

Demokratieförderung wird teilweise als unerwünschte Einmischung in innere Angelegenheiten angesehen und abgelehnt, wie aktuell im Fall Ägypten durch den gegenwärtig herrschenden Militärrat.<sup>7</sup> Demokratieförderung unterliegt dabei generell einer gewissen Ambivalenz, weil die Geber immer wieder das Selbstbestimmungsrecht der jeweiligen Nehmerregierung mit den Interessen und Wünschen zivilgesellschaftlicher Akteure abwägen müssen. In Ägypten steht man hierbei zurzeit vor besonders schwierigen Herausforderungen. Die vom ägyptischen Militärrat ernannte Regierung hat bereits im Juni 2011 angekündigt, dass sie sich die politische Beeinflussung der Ägypter in Vorbereitung auf die Wahlen im November/Dezember letzten Jahres, insbesondere durch

westliche NGOs, verbittet. Die Durchsuchungen der Büroräume und Beschlagnahmungen von Unterlagen und Computern bei 19 NGOs (darunter auch die Konrad-Adenauer-Stiftung) Ende Dezember 2011 in Kairo wurden zwar mit Verstößen gegen Registrierungs- und Offenlegungspflichten begründet, vieles deutet jedoch darauf hin, dass die Durchsuchungen und die Anklagen von voraussichtlich 43 Mitarbeitern aus politischen Motiven geschehen sind.<sup>8</sup>

---

## DIE NEUE EU-NACHBARSCHAFTS-INITIATIVE SETZT AUF „MORE FOR MORE“.

### 1.1 Warum Demokratieförderung Sicherheit schafft

Militante Opposition und Terrorismus gegenüber einer Regierung oder Gesellschaft sind in der Regel kein Selbstzweck, sondern Teil einer politischen Kommunikationsstrategie für ein bestimmtes Ziel.<sup>9</sup> Dem voran gehen meist Versuche, die eigenen politischen Anliegen und Ziele gewaltlos zu kommunizieren oder zu erreichen. Gelingt dies aus Sicht der Oppositionsgruppe nicht in zufriedenstellendem Maße, kann ein Taktik- oder auch Strategiewechsel stattfinden, der in Teilen oder vollständig auf Gewaltakten basiert. Dieser Entscheidung liegen meist rationale Kalkulationen über Kosten und Nutzen zugrunde.

Oppositionelle Gruppierungen, die sich freiwillig oder gezwungenermaßen aus den regulären politischen Prozessen verabschiedet haben, sind also der Auffassung, dass die gewaltsame Strategie innerhalb der jeweiligen Rahmenbedingungen „günstiger“ zur der Verfolgung ihrer politischen Ziele ist.

Wie Bruno S. Frey und Susanne Neckermann zeigen, erhöht eine offene, demokratische Gesellschafts- und Staatsform mit vielfältigen individuellen und kollektiven politischen Artikulations- und Partizipationsmöglichkeiten die Opportunitätskosten<sup>10</sup> von militanten Extremisten automatisch. Denn die friedliche Kommunikation und Verfolgung ihrer Ziele ist mit deutlich geringeren Kosten (und Risiken) verbunden, als die alternative gewaltbasierte Strategie.

Konkret wird in diesem Papier davon ausgegangen, dass oppositionelle Gruppen in Ägypten und Tunesien, egal ob islamistisch oder säkular, weniger militante oder terroristische Taktiken anwenden, je stärker der Grad an politischen Mitwirkungs- und Kommunikationsmöglichkeiten ist. Außerdem ist in einer möglichst offenen Gesellschaft auch die Resozialisierung

von ehemals militanten Aktivisten erfolversprechender. In europäischem Interesse ist dabei auch, dass pluralistische Demokratien den „Export“ an gewaltbereiten Extremisten nach Europa, sei es im Rahmen des politischen Exils oder als Rückzugs- und Operationsraum, reduzieren würden.

Am Beispiel Ägyptens wird dies besonders deutlich. Seit den 1970er Jahren hat das herrschende Militärregime unter wechselnder Führung zwar für die auch vom Westen gewünschte außenpolitische Stabilität gesorgt. Durch die Unterdrückung und Verfolgung von Oppositionsgruppen haben sich diese jedoch weiter radikalisiert und mit teils terroristischen Mittel versucht, ihre Ziele zu erreichen. Der vom Regime daraufhin wiederum erhöhte Verfolgungsdruck führte zur Flucht vieler Extremisten in die arabischen Nachbarstaaten, nach Europa und in die USA und damit auch zur Verbreitung radikal-islamistischer Ideologien.

Für Demokratieförderung als Mittel zu Steigerung der äußeren Sicherheit spricht zudem, dass Demokratien seit fast 200 Jahren keine Kriege mehr gegeneinander geführt haben, sondern direkt oder indirekt pluralistische Sicherheitsgemeinschaften (z. B. EU, NATO) gebildet haben.<sup>11</sup>

Die Europäische Union hat also nicht nur aus Gründen der klassischen Entwicklungs- und Zusammenarbeitspolitik, wie beispielsweise in den Millenniumszielen<sup>12</sup> dargelegt, ein Eigeninteresse, dass sich aus den in politischer Transformation befindlichen arabischen Staaten möglichst pluralistische Demokratien entwickeln. Der Demokratisierungsgrad hat auch direkte und indirekte Auswirkung auf europäische Sicherheitsinteressen.

## 2. Die Muslimbruderschaft – eine Bewegung mit vielen Facetten

Die Muslimbruderschaft wurde 1928 in Ägypten von Hassan al-Banna als Reaktion auf das Ende des Osmanischen Reiches, den britischen Einfluss in Ägypten und die damit einhergehende Säkularisierung gegründet. Ziel war und ist es bis heute, islamische Werte und Prinzipien in Staat und Gesellschaft zu fördern und einzufordern. Mohammed Badi, gegenwärtiger oberster Anführer (*Murshid/Supreme Guide*) der ägyptischen Muslimbruderschaft, erklärte Ende Dezember 2011, dass die Bruderschaft langfristig alle Lebensbereiche vollständig reformieren wolle, damit der islamische Staat (*Kalifat*) und das Gesetz des *Korans* wieder zum Leben erwake. Die Menschen sollen jedoch nicht gezwungen, sondern durch Liebe überzeugt werden.<sup>13</sup>

Das Fundament der Muslimbrüder-Ideologie ist die Feststellung, dass der Islam einst die Religion der Gewinner war. Im siebten Jahrhundert gelang es der relativ kleinen Gruppe der arabischen Muslime unter der Führung des Propheten Mohammed und seiner Nachfolger innerhalb von einhundert Jahren ein Weltreich – von Portugal bis Indien – zu erobern. Zudem waren die Muslime damals auch in Wissenschaft, Medizin, Literatur und fast jeder anderen weltlichen Kunst führend. Die Tatsache, dass die Nichtmuslime heute Geopolitik, Wirtschaft und Wissenschaft dominieren, wird von Islamisten darauf zurückgeführt, dass die Muslime, korrumpiert durch den Westen von Allahs Weg abgekommen sind. Für die Muslimbrüder ist klar, dass nur durch die Rückkehr zum reinen und gottgefälligen Islam, erreichbar durch die vollständige Unterwerfung von Staat und Gesellschaft unter die *Scharia* (das islamische Recht), die Muslime wieder zurück zu goldenen Zeiten finden werden.

der über die verschiedenen reformorientierten und fundamentalistischen Strömungen, über die alten Kader und die Jugend innerhalb der Muslimbrüder berichtet und diskutiert.<sup>15</sup>

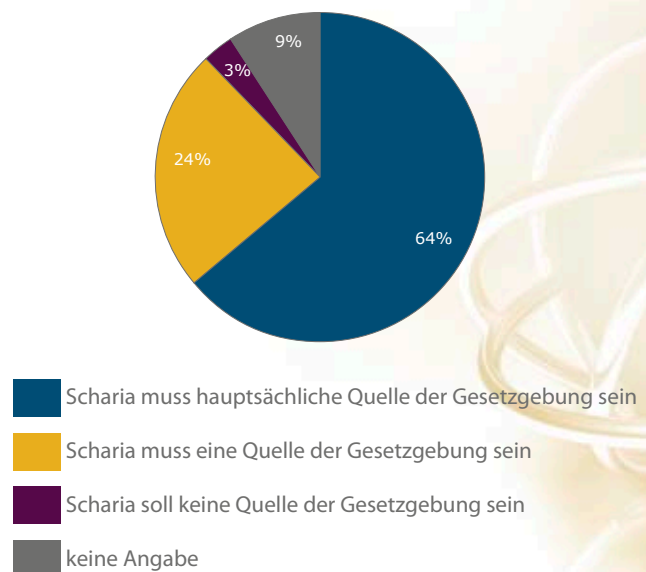
Insbesondere die teils widersprüchlichen Aussagen führender Muslimbrüder zu Demokratie und Pluralismus machen es Beobachtern schwer, zu einer klaren Bewertung zu kommen. Als Ergebnis hat sich, was die Demokratiewilligkeit der Muslimbruderschaft angeht, das Feld der Kommentatoren und Analysten in Optimisten und Pessimisten geteilt.

Interessanterweise haben beide Positionen ihre Legitimation, denn zum einen hat sich die Bruderschaft seit ihrer Gründung in Ägypten vor 83 Jahren immer wieder verändert; zum anderen handelt es sich um eine diversifizierte Bewegung, die zwar im Kern streng hierarchisch aufgebaut und zentral gesteuert wird, unter deren Oberbegriff sich aber auch diverse „Landsmannschaften“, etwa in Syrien, Jordanien oder Tunesien, mit ihren relativ unabhängigen nationalen Zielsetzungen und Aktivitäten, verbergen. Die Grundannahmen über die Ursachen des politischen Niedergangs des Islam und den Weg zurück zu alter Stärke werden zwar von sämtlichen islamistischen Vordenker und Organisationen, von der Muslimbruderschaft über die Salafisten bis hin zu al-Qaida<sup>16</sup>, geteilt. Uneinigkeit und teils heftiger Streit herrschen jedoch sowohl über die Details (Was genau ist Gottes Gesetz, und wie ist es zu interpretieren?) als auch über Taktiken (Teilnahme an demokratischen Wahlen oder reine Missionierung?) und Strategie (gewaltfrei oder militant?).

## DIE MUSLIMBRÜDER WOLLEN DIE GESELLSCHAFT VOLLSTÄNDIG REFORMIEREN UND EINEN ISLAMISCHEN STAAT ERRICHTEN.

Robert S. Leiken beschreibt die heutige Muslimbruderschaft als dreigeteilte Organisation: Der erste Flügel bietet der Bevölkerung kostenlose Sozial- und Gesundheitsdienste sowie Bildungsangebote an. Der zweite Flügel agiert politisch und setzt sich auf demokratischem Weg für die schnellstmögliche Einführung der *Scharia* ein. Der dritte Flügel will zwar ebenfalls die *Scharia*, sieht diese aber als Schlusspunkt einer (Re-) Islamisierung der Gesellschaft und verhält sich bis dahin pragmatisch.<sup>14</sup> Diese Dreiteilung scheint der Komplexität der Bruderschaft jedoch nicht gerecht zu werden. In den vergangenen Jahren wurde immer wie-

Abb. 1: Gewollter Einfluss von Scharia auf Gesetzgebung in Ägypten (Gallup 2008)<sup>17</sup>





## 2.1 Die Muslimbruderschaft in Ägypten

Die Bruderschaft wurde in Ägypten mehrfach und über Jahrzehnte hinweg wegen ihren politischen und militanten Aktivitäten verboten. Nachdem sie sich in den 1980er Jahren von der Gewalt losgesagt hatte, verfolgten terroristische Abspaltungen wie al-Jihad oder Ausgründungen wie HAMAS die gemeinsamen Ziele eben mit anderen Mitteln. Ab den 1980er Jahren war die Bruderschaft in Ägypten zudem als Organisation zwar weiterhin offiziell verboten, wurde aber toleriert und durfte auch an Wahlen auf allen politischen Ebenen teilnehmen. Ihre Kandidaten, die als Unabhängige antraten, erzielten trotz intensiver Manipulationen durch das Mubarak-Regime teils bemerkenswerte Erfolge. Bei den Wahlen im Jahr 2005 erhielt die Bruderschaft beispielsweise 20,4 % der Stimmen und errang somit 88 Sitze im Unterhaus. Bereits damals wurde eine intensive Debatte darum geführt, ob dieser Wahlerfolg zu einer Islamisierung von Politik und Gesellschaft führen würde oder ob durch die parlamentarische Beteiligung ein Potential für die Entwicklung einer demokratischen Agenda entstehen könnte.<sup>18</sup> Das Mubarak-Regime reagierte jedenfalls und stellte sicher, dass bei den Wahlen im November 2010 nur noch ein Muslimbruder ein Parlamentsmandat errang.

Zur Frage der Vereinbarkeit von Islam und Demokratie hat es in den letzten dreißig Jahren innerhalb der Bruderschaft eine intensive Diskussion gegeben. So erklärte Mustapha Mashur, ehemaliger *Murshid* der ägyptischen Muslimbrüder im Jahr 1981, dass Demokratie dem Islam widerspräche und diesen sogar bekämpfen würde.<sup>19</sup> In den 1990er Jahren begann eine neue Generation von Muslimbrüdern einen offeneren Umgang mit dem Thema Demokratie. Als die Muslimbruderschaft im Jahr 2004 ihr politisches Programm „Initiative für Reform“ veröffentlichte, war dort zu

## 2.2 Die Muslimbruderschaft in Tunesien

Für die These, dass sich die Muslimbruderschaft in den letzten dreißig Jahren von einer demokratiefeindlichen zu einer pro-demokratischen Organisation entwickelt hat, spricht die starke Stellung von Rashid Ghannouchi. Ghannouchi ist Mitbegründer des politischen Arms der tunesischen Muslimbruderschaft, der Ennachda (Renaissance)-Partei und hatte als prominenter Parteivorsitzender maßgeblichen Anteil am Ennachda-Wahlerfolg von 40 Prozent. Bereits in den 1990er Jahren schrieb Ghannouchi, dass es eine Art „islamische Demokratie“ gebe, basierend auf dem so genannten *Schura*-Prinzip. Dieses stammt aus der Zeit des Propheten Mohammed und meint die Beratung und Wahl des Anführers durch (islamische) Rechtsexperten und Stammesälteste.<sup>22</sup> In dieser islamischen Demokratie würde jedoch zwischen unqualifizierten Bürgerrechten (gedacht für die nichtmuslimischen Bürger) und den qualifizierten Bürgerrechten (nur für Muslime) unterschieden. Im Ergebnis hieße dies, dass Nichtmuslime beispielsweise keine Führungsfunktionen in der Regierung bekleiden dürften.<sup>23</sup>

lesen, dass umfassende Reformen nur durch die Einführung von Demokratie erreicht werden könnten. Dort wurde ebenfalls die Einführung der *Scharia* als wahren und wirksamem Weg zur Lösung aller Probleme beschrieben.<sup>20</sup>

Der politische Arm der Muslimbrüder, die Freiheits- und Gerechtigkeitspartei (FGP), die bei den Wahlen zum Unterhaus 47,2 % der Stimmen erhielt, veröffentlichte am 6. Januar 2012 eine Erklärung zu den Zielen der Partei nach den Wahlen. Die FGP wolle Ägypten wieder aufbauen und, innerhalb eines Rahmens religiöser Werte, die Freiheiten und Grundrechte jedes Ägypters respektieren. Es werde keine Diskriminierung von Bürgern basierend auf deren Religion, Geschlecht oder Hautfarbe geben. Korruption und Nepotismus würden bekämpft und Chancengleichheit sichergestellt werden. Die FGP wolle den politischen Pluralismus unterstützen und fördern. Die Partei vertritt zudem die Auffassung, dass Menschenwürde und Freiheit davon abhängen, dass die Bürger einen angemessenen Lebensunterhalt verdienen können, frei von Ausbeutung und Armut. Im Weiteren positioniert sich die FGP zu den Themen Wirtschaft, innere Sicherheit, Arbeitslosigkeit, Soziales, Gesundheit, Bildung und Forschung, Verkehr, Tourismus, Umweltverschmutzung. Durch Mindest- und Maximallöhne soll beispielsweise mehr Gerechtigkeit geschaffen und durch Nationale Großprojekte sowie die Förderung von Kleinunternehmern das Wirtschaftswachstum gesteigert und damit die Arbeitslosigkeit reduziert werden.<sup>21</sup>

## SIND SCHARIA UND DEMOKRATIE MITEINANDER VEREINBAR?

Fast zwanzig Jahre später, am 30. Januar 2012, legte Rachid Ghannouchi in einem TV-Interview auf Al-Jazeera English seine aktuellen Vorstellungen von Demokratie dar:

“Democracy is when the people rule themselves by themselves through an authority that represents them. They should constantly be able to oversee it and overthrow it when they want. Democracy is when citizens can enjoy their personal freedoms regardless of color, wealth, religion or way of thinking.” Ghannouchi sagt zudem, dass es keinen Widerspruch zwischen *Scharia* und Demokratie gebe. Die *Scharia* sei kein konkretes Gesetzbuch, sondern eine Quelle von Werten wie Gerechtigkeit, Brüderlichkeit, Freiheit, Gleichheit und Menschlichkeit. Westlicher Säkularismus sei dem Islam fremd, weil es im Islam keine machtpolitisch agierende Kirche gebe, die in ihre Schranken gewiesen werden müsse. In der islamischen Welt ginge es vielmehr darum, die Religion vor dem Einfluss des Staates zu schützen.<sup>24</sup> Wer Rachid Ghannouchi heute hört und liest, kann seine Thesen durchaus als moderat und demokratiefreundlich ansehen.

## 2.3 Spielen die Muslimbrüder ein doppeltes Spiel?

Es gibt jedoch auch radikale Stimmen, wie den inoffiziellen geistlichen Führer der Muslimbruderschaft, Yussuf al Qaradawi. Dieser veröffentlichte im Jahr 2000 eine Rechtsmeinung (*Fatwa*), in der er feststellte, dass Demokratie, anders als ein von der *Scharia* geführtes Rechtssystem, nicht in der Lage sei, alle gesellschaftlichen Probleme zu lösen. Demokratie und *Scharia* seien zudem deshalb nicht kompatibel, weil in einer Demokratie alles was politisch gewollt sei, auch in Gesetze gefasst werden könne. Die *Scharia* setze dagegen gewisse Grenzen. Qaradawi sprach sich aber dafür aus, die besten Bestandteile der Demokratie zu übernehmen. Er sei für eine wahre Form der Demokratie, für eine von der *Scharia* angetriebene Gesellschaft mit den Werten der Freiheit, Menschenrechte, Gerechtigkeit und Fairness.<sup>25</sup>

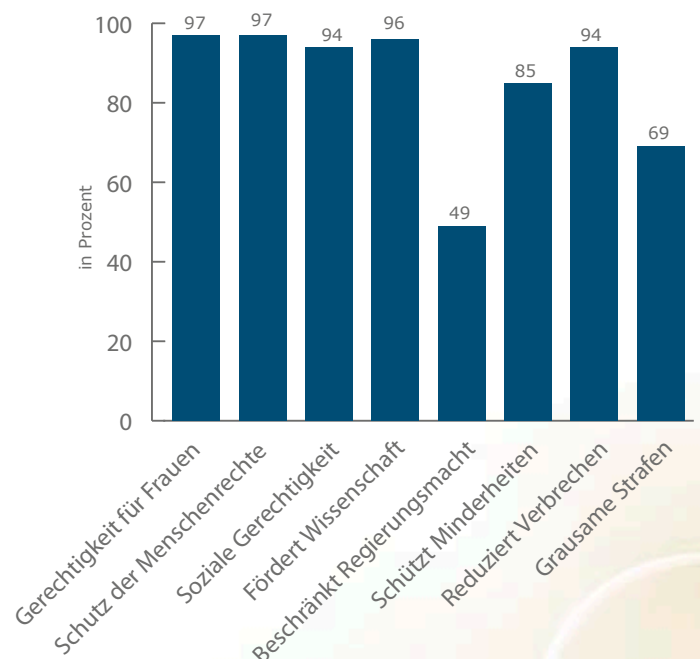
Gut ein Jahrzehnt später, am 26. Januar 2012, hat Qaradawi in einem Interview mit dem ägyptischen Sender Al-Nahar TV mitgeteilt, er favorisiere für Ägypten eine schrittweise Einführung der *Scharia*, weil die Menschen Gottes Gesetz noch nicht verstanden hätten. Jetzt stehe eine Übergangsphase an und wenn Essen für alle Hungrigen gefunden sei, Schulen für alle Kinder und Krankenhäuser für alle Kranken gebaut seien sowie Ehefrauen für alle Junggesellen gefunden worden seien, dann könne man über die Strafen für Diebstahl diskutieren. In etwa fünf Jahren, so Qaradawi, sollten dann Handamputationen als Strafe für Diebe eingeführt werden.<sup>26</sup>

Auch von den tunesischen Muslimbrüdern gibt es Äußerungen, die pessimistisch stimmen. Die Ennahda-Abgeordnete Souad Aberrahim äußert in einem Radio-Interview am 09. November 2011, dass alleinerziehende Mütter eine Schande für die Gesellschaft seien und ethisch gesehen kein Recht hätten, zu existieren.<sup>27</sup> Und Hamadi Jebali, ehemaliger Generalsekretär der Ennahda und neuer Premierminister Tunesiens, rief eine Woche später Parteianhängern und einer HAMAS-Delegation zu, dass die Befreiung Tunesiens hoffentlich die Befreiung Jerusalems bringe. Es handle sich um einen heiligen Moment, in einem neuen Staat, in einem sechsten Kalifat, so Gott wolle.<sup>28</sup> Während sich Frau Aberrahim nicht mehr zu alleinerziehenden Müttern äußern will, ließ die Ennahda mitteilen, die Äußerungen von Herrn Jabli seien nicht für die Öffentlichkeit bestimmt, sondern nur an Anhänger der Ennahda gerichtet gewesen.<sup>29</sup> Mit Äußerungen wie diesen schüren die tunesischen Muslimbrüder das Misstrauen vieler Beobachter, die ihnen vorwerfen, insgeheim eben doch eine radikale islamistische Agenda zu verfolgen und insbesondere westlichen Gesprächspartnern zu Demokratie und Pluralismus genau das zu sagen, was diese hören wollen.

Der ägyptischen Muslimbruderschaft wird vorgeworfen, sie würde ihre moderaten Positionen zwar auf ihrer englischsprachigen Webseite artikulieren, auf der arabischen Seite sei davon jedoch keine Spur. David Pollock schreibt, es gebe diverse Artikel auf

der englischsprachigen Seite, in denen sich die Muslimbruderschaft um das Wohl der koptischen Christen sorgt, während auf der arabischen Seite kein Artikel mit diesem Tenor zu finden sei. Auch bei der Beschreibung des aus westlicher Sicht positiven Demokratieverständnisses der Muslimbruderschaft fände sich nichts Vergleichbares auf der arabischsprachigen Seite. Pollock nennt zudem konkrete Artikel auf den Internetseiten der Bruderschaft, deren politische Aussage in der Übersetzung völlig verändert worden sei. Das alles passe ins allgemeine und aktuelle Bild, denn viele moderate Mitglieder hätten die Bruderschaft im letzten Jahr verlassen oder seien ausgeschlossen worden.<sup>30</sup>

Abb. 2: Bedeutung der Scharia für Ägypter  
Frage: Was verbinden Sie mit Scharia? (Gallup 2008)<sup>31</sup>



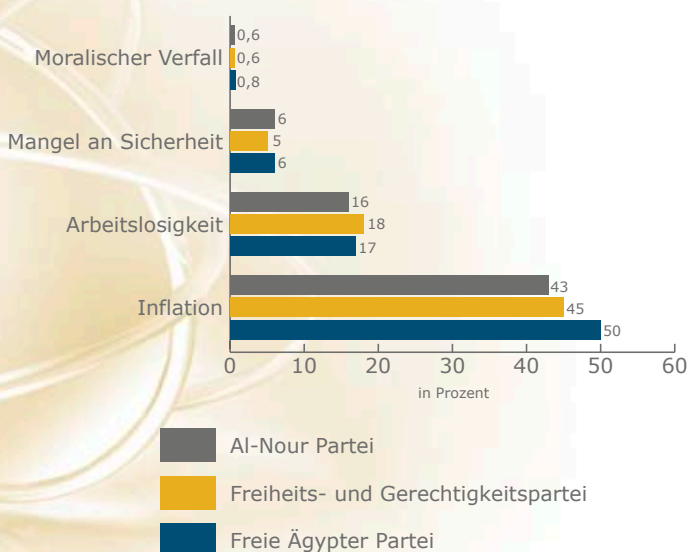
Bevor nun der Fokus darauf gerichtet wird, was sich hinter der Idee einer „Islamischen Demokratie“ verbirgt, wird zunächst eine weitere gewichtige politischer Gruppierung vorgestellt und diskutiert: die Salafisten.

### 3. Die Salafisten – die politische Kraft aus dem Nichts?

Die Erfolge der Salafisten, die bei den Wahlen zum ägyptischen Unterhaus mit drei Parteien insgesamt fast 24,7 % der Stimmen erzielten, haben in Europa und den USA Verwunderung und Besorgnis hervorgerufen. Die Salafisten sind seit Jahrzehnten eine wichtige islamistische und soziale Kraft. Sie bestehen aus verschiedenen Schulen und Strömungen ohne jegliche übergeordnete zentrale Steuerung. Die Salafisten sind organisatorisch – wenn überhaupt – als lose verbundene Knotenpunkte in einem weiten Netzwerk zu verstehen und um einzelne charismatische Prediger herum organisiert. Die Gründung von salafistischen Parteien ist ein neues, überraschendes und aus vielerlei Hinsicht interessantes Phänomen. Denn bisher wurde Demokratie als unislamisch abgelehnt und Salafisten gingen weder zur Wahl noch kandidierten sie für öffentliche Ämter.

Die Salafisten glauben, wie die Muslimbrüder, dass durch die Wiederbelebung des wahren und reinen Islam, wie er zu Zeiten des Propheten Mohammed und der ersten drei Generationen seiner Nachfolger (genannt *Salaf*, was auch Vorväter heißt) praktiziert wurde, die Wiederkehr des Goldenen Zeitalters eingeläutet werden wird. Im achtzehnten Jahrhundert setzte sich die salafistische Ideologie auf der Arabischen Halbinsel durch, wo sie als Wahhabismus nach Mohammed Ibn Abdul Wahhab (1703-1793) als besonders radikale Form des Salafismus bekannt wurde und bis heute Staatsideologie von Saudi-Arabien ist. Der Salafismus kann somit als historischer Vorläufer der Ideologie der Muslimbruderschaft gesehen werden, wobei die Salafisten sich strikt an den Wortlaut des Koran und die als authentisch klassifizierten Worte und Taten des Propheten Mohammed (*Sunna*) halten. Sie lehnen in diesem Kontext jede Form der Neuerung, Reform oder kritischen, kontextbezogenen Analyse

Abb. 3: Unterstützer von säkularen und islamistischen Parteien haben gleiche Prioritäten (Ägypten/Dezember 2011/Gallup)<sup>33</sup>



Die Freie Ägypter Partei gilt als liberal und säkular.

## DIE SALAFISTEN WAREN BISHER UNPOLITISCH UND ANTIDEMOKRATISCH.

der heiligen Schriften als unislamisch ab und können somit als orthodox oder fundamentalistisch bezeichnet werden.<sup>32</sup>

Peter Mandaville teilt die Salafisten in drei Flügel ein: Die salafistischen Quietisten betonen vor allem die Wichtigkeit der individuellen Verfolgung der Glaubenspraktiken und der Ziele der *Scharia*. Ein Engagement zur Errichtung einer islamistischen politischen Ordnung (sei es durch Aufstände oder Wahlen) wird dagegen abgelehnt, weil die Quietisten befürchten, dass eine Beschäftigung mit weltlichen Mächten sie davon abhalten würde, ihren religiösen Pflichten nachzukommen. Eine wahrhaft islamische Gesellschaft würde dann entstehen, wenn aufgrund der richtigen religiösen Bildung die Muslime kollektiv die richtigen Entscheidungen treffen würden. Mandaville meint, dass die meisten Salafisten zu dieser Gruppe gehören.<sup>34</sup>

Die salafistischen Islamisten, als zweiter Flügel, glauben dagegen daran, dass die Etablierung einer islamistischen politischen Ordnung aktiv und nach salafistischen Regeln verfolgt werden sollte. Gewaltausübung kann dabei eine Rolle spielen, jedoch nur unter ganz bestimmten Voraussetzungen. Diese relativ neue Ausprägung des Salafismus entstand durch nach Saudi-Arabien geflüchtete Anhänger der ägyptischen Muslimbrüder in den 1960er Jahren und kann als eine Art Fusion des wahhabitischen Salafismus mit der Ideologie der Muslimbrüder bezeichnet werden. Diese Gruppe war bis Anfang 2011 zahlenmäßig klein und befindet sich im Widerspruch zum saudischen, mehrheitlich quietistischen, religiösen Establishment.

Der dritte Flügel, die salafistischen Dschihadisten, kombinieren die politischen Forderungen der salafistischen Islamisten mit der Überzeugung, dass die aktuellen Umstände den gewaltsamen Kampf zur individuellen Pflicht jedes Muslims machen. Quietismus und rein politischer Aktivismus werden als illegitim betrachtet, denn die *Scharia* soll mit allen zu Verfügung stehenden Mittel implementiert werden. Aus dieser zahlenmäßig kleinen Gruppe der Dschihadisten speisen sich die Rekruten von al-Qaida und anderen sunnitisch-islamistischen Terrororganisationen.

Die große Mehrheit der Salafisten, die Quietisten, hing also in der Vergangenheit zwar einer politisch-religiösen Ideologie an, trat politisch aber nicht in Erscheinung. Dies hat sich im Laufe des Jahres 2011 in Ägypten verändert. Warum das so ist, wird im folgenden Kapitel gezeigt.



### 3.1 Die ägyptischen Salafisten – der Wandel von Gebetsgruppen zu politischen Parteien

Der ägyptische Salafismus ist weder zentral organisiert noch hierarchisch aufgebaut. Sein Zentrum liegt im Nildelta mit Alexandria als Hochburg. Salafistische Predigten sind auch bei nicht sonderlich religiösen Ägyptern sehr beliebt und werden im Radio, auf Audio-Kassetten oder CDs gehört, ohne dass diese deswegen gleich lange Bärte oder religiöse Kleidung tragen würden. Im Jahr 2006, also kurz nach dem überraschenden Wahlerfolg der Muslimbrüder im Jahr zuvor, erhielten verschiedene salafistische Prediger die Lizenz, TV-Sender zu betreiben. Der Bruderschaft war dies untersagt. Beobachter sahen darin den Versuch des Mubarak-Regimes, die damals mehrheitlich unpolitischen und regimetragenden Salafisten als Alternative zu den zu stark gewordenen Muslimbrüdern aufzubauen.<sup>35</sup> Diese TV-Sender, wie beispielsweise Al-Nass oder Al-Rhama, in denen charismatische Prediger wie Mohamed Hassan auftreten, erfreuen sich einer Studie aus dem Jahr 2009 zufolge einer immensen Popularität und haben vermutlich zum guten Abschneiden der zu den Wahlen angetretenen Salafisten beigetragen.<sup>36</sup>

Es ist in der quietistisch-salafistischen Ideologie verboten, gegen einen muslimischen Herrscher zu rebellieren, egal wie ungerecht dieser regiert. Gegen einen unislamischen Regenten oder eine unislamische Gesellschaft darf jedoch auch gewaltsam vorgegangen werden. Ab wann ein Regent als unislamisch anzusehen ist, wird von den jeweils akzeptierten salafistischen Gelehrten festgelegt. Der seit Jahrzehnten in Artikel 2 der ägyptischen Verfassung stehende Verweis, dass die Scharia die Hauptquelle (*principal source*) der Gesetzgebung sei, reichte den Salafisten, um das Mubarak-Regime als islamisch anzusehen.<sup>37</sup>

Tahrir-Platz in Kairo Ende Januar 2011, weil eine Rebellion gegen eine islamische Regierung eben nicht zulässig sei. In den Wochen bis zum Rücktritt Mubaraks am 11. Februar 2011 riefen salafistische Prediger die Ägypter immer wieder auf, zu Hause zu bleiben, damit kein muslimisches Blut vergossen werde. Die in der Rebellion Getöteten seien außerdem nicht als Märtyrer anzusehen.<sup>38</sup>

Die Dezentralität der Salafisten führte zu einer Vielzahl sich teilweise widersprechender Aussagen während der Revolte. Kurz nach dem Sturz Mubaraks begannen die Salafisten deshalb mit der Gründung von Parteien. In den darauffolgenden Monaten gab es eine lange Serie von Gewaltakten, die Salafisten zugeschrieben wurden, darunter die Schändung von Sufi-Schreinen und Kirchen der koptischen Minderheit. Einige Salafisten versuchten zudem nach dem Vorbild der saudischen Religionspolizei Alkohol und vermeintlich unislamische Kleidung teilweise gewaltsam von den Straßen zu verbannen.<sup>39</sup> Es gibt jedoch auch Berichte darüber, dass salafistische Sicherheitskomitees insbesondere zur Weihnachtszeit 2011 Kirchen vor möglichen Angriffen geschützt hätten.<sup>40</sup>

Die aus dem Chaos der Rebellion geborene Einigkeit größerer Teile der Salafisten und die beabsichtigte Teilnahme an den Wahlen führte dazu, dass Teile der Salafisten anfangen, sich auf die öffentliche Meinung und politische Inhalte zu konzentrieren. Der Ruf nach Einführung der *Scharia* wurde abgemildert und religiöse Pflichten in einer weniger bedrohlichen Art und Weise kommuniziert. Einer der führenden Salafisten, Abd Al-Minam Shahhat, rechtfertigte diese pragmatische Herangehensweise mit dem *Scharia*-Prinzip des „öffentlichen Interesses“. Um die Wiederkehr eines korrupten und unterdrückenden Regimes zu verhindern, müsse man sich am demokratischen Prozess beteiligen.<sup>41</sup>

David Kirkpatrick berichtet von einer Wahlkampfveranstaltung von Salafisten Anfang Dezember 2011, bei der es nicht um Alkoholverbote, Kleidungsvorschriften<sup>42</sup> und Handamputationen für Diebe ging, sondern um die Auseinandersetzung mit der ägyptischen Elite. Sheik Shaaban Darwish erklärte vor einigen hundert Männern auf einem schmutzigen Platz in der Kleinstadt Shabramant bei Kairo, dass eben diese Elite denke, sie und nur sie spräche für die Ägypter und würde sie repräsentieren. Aber, so Darwish, diese Elite sei nicht in ihre Straßen gekommen, hätte nicht ihre Kleidung getragen, ihr Brot gegessen und das verschmutzte Wasser getrunken – sie wüssten nichts von ihrem schweren und leidvollen Leben. Die Gründer der Al-Nour Partei seien dagegen Teil der stillen Mehrheit.

Mit dieser Kritik an den „Oberen“ griff Sheik Darwish indirekt auch die Muslimbrüder an, denn diese sind schon fast eine Mittelstandspartei geworden. Ihre Mitglieds- und Anhängerschaft besteht aus Ärzten,

DIE SALAFISTEN WOLLEN DURCH DEMOKRATIE DIE WIEDERKEHR EINES UNTERDRÜCKERISCHEN REGIMES VERHINDERN.

Unter dem Mubarak-Regime konnten die Salafisten aufgrund ihrer mehrheitlich unpolitischen Haltung ungestört von den Sicherheitsdiensten agieren. Teilweise wurden sie, wie oben angesprochen, als vermeintlich harmlose Alternative zu den Muslimbrüdern vom Mubarak-Regime sogar unterstützt. Konsequenterweise verurteilten prominente salafistische Führer aus Ägypten und Saudi-Arabien die Proteste auf dem



Ingenieuren, Studenten und Geschäftsleuten – also Menschen, die etwas zu verlieren oder zu gewinnen haben. Die Salafisten, so Sheik Darwish, würden sich dagegen um die Vergessenen kümmern. Die Frauen durften der Predigt durch die Fenster eines nahegelegenen Gebäudes lauschen.<sup>43</sup>

Den plötzlichen Wandel vom apolitischen Quietisten zum engagierten Wahlkämpfer begründet Darwish damit, dass Verfassung, Wahlen und Repräsentation eigentlich islamische Ideen aus der Zeit des Propheten Mohammed seien. Der Westen haben diese Ideen gestohlen, neu verpackt und an die Muslime zurückgeschickt. Außerdem sagte er, dass der Islam Gleichheit und religiöse Freiheit, egal ob für Muslime, Christen oder Juden, verlange.<sup>44</sup> Darwish argumentiert damit ähnlich wie Rashid Ghannouchi von der tunesischen Ennahda.

Der Vorsitzende der Al-Nour Partei, Abdel Ghafour, sagt, seine Partei wolle weder einen säkularen noch einen religiösen Staat. Angestrebt werde ein ziviler (*civic*), die Menschenrechte achtender demokratischer Rechtsstaat, dessen Hauptquelle der Gesetzgebung die *Scharia* ist. Ghafour hebt hervor, dass Mann und Frau vor dem Gesetz gleich seien und auch der Islam,

mit wenigen Ausnahmen wie beispielsweise in Scheidungs- und Erbschaftsfragen, dies ebenso sehe.<sup>45</sup>

Was sich hinter der Rhetorik im Detail verbirgt, bleibt ungeklärt. Die parlamentarischen Aktivitäten der Al-Nour Partei bieten sich diesbezüglich als zukünftiger Untersuchungsgegenstand an.

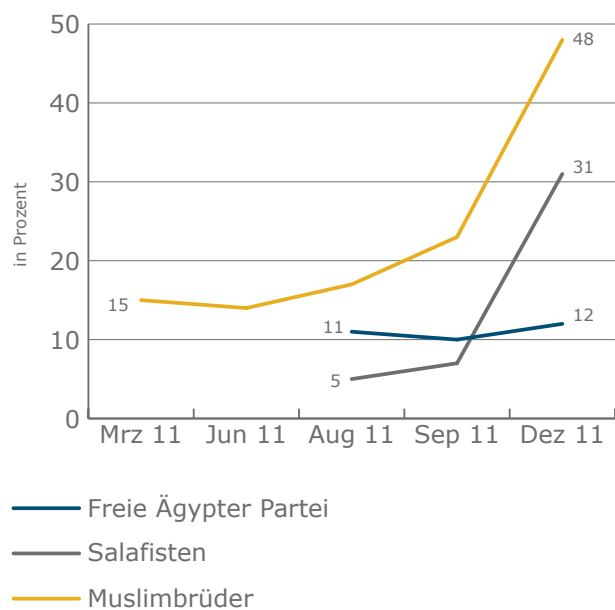
## WAS PASSIERT, WENN DIE SALAFISTEN DER MORAL-PREDIGT BEI VERSTÖßEN DEN ROHRSTOCK FOLGEN LASSEN WOLLEN?

### 3.1.1 Die ägyptischen Salafisten als Moral- und Identitätsstifter

Die Haltung der politischen Nichteinmischung in Gesellschaft und Staat machte Salafisten in der Vergangenheit für eine große Zahl der Ägypter interessant. Etwas vereinfacht gesagt, handelt es sich bei den salafistischen Sendungen im Fernsehen und Radio um wohlklingende Moralpredigten ohne jede Konsequenz für den Zuhörer. Es ist durchaus möglich, dass die Popularität der politisch aktiven Salafisten sinkt, sobald diese anfangen würden, der Moralpredigt bei Moralverstößen auch den Rohrstock folgen zu lassen. Auch ist unklar, ob die vielen salafistischen TV- und Radiokanäle zu einer verstärkten Religiosität der Bevölkerung geführt haben, oder ob die hohen Einschaltquoten nicht doch eher Ausdruck eines bereits vorhandenen Gefühls der Sehnsucht nach Religiosität und Identität sind. Die Popularität von Predigern wie Mohamed Hassan wird auch durch seine identitätsstiftenden Aussagen wie „keine Kompromisse bei unseren Werten“<sup>46</sup> erklärt, die als Abgrenzung gegenüber westlichen und säkularen Einflüssen zu verstehen sind.

Festzustellen bleibt, dass es bei den Salafisten eine mengenmäßige Verschiebung von den Quietisten hin zu den politisch aktiven Islamisten gegeben hat. Über das Ausmaß dieser Verschiebung und zur Frage wie groß das bisher ungenutzte Wählerpotential der Salafisten ist, besteht weiterer Forschungsbedarf.

Abb. 4: Verlauf Zustimmung im Wahlkampf Ägypten (Gallup 2012)<sup>47</sup>

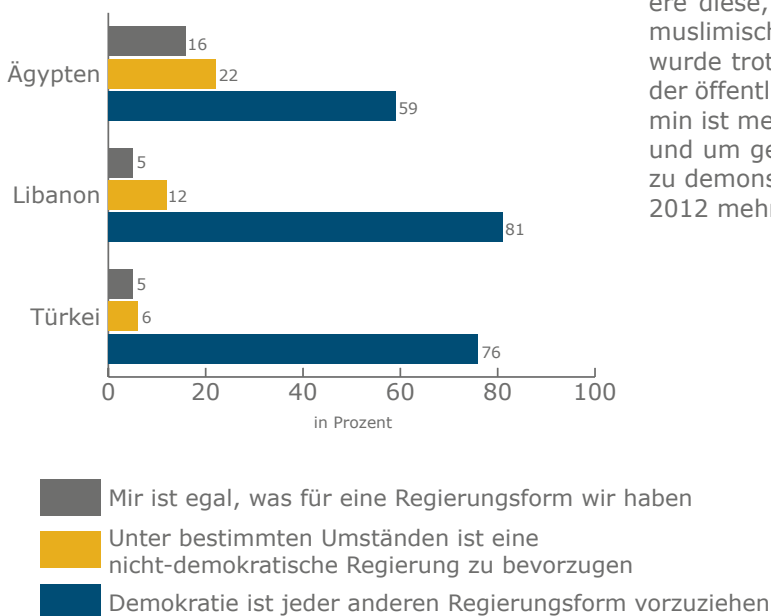


### 3.2 Die tunesischen Salafisten – unpolitisch und gewaltbereit?

Die tunesischen Salafisten boykottierten fast geschlossen die im Oktober 2011 stattgefundenen Wahlen zur verfassungsgebenden Versammlung. Aufgrund eines Parteiverbots tritt auch die Kalifatspartei Hizbut-Tahrir, die zum islamistisch-salafistischen Flügel gerechnet werden kann, bisher nur als außerparlamentarische Kraft auf. Versuche der Muslimbrüderpartei Ennahda, im Vorfeld der Wahlen Bündnisse mit salafistischen Gruppierungen zu schließen, wurden von diesen entschieden abgelehnt. Führende salafistische Prediger haben sich direkt gegen die Demokratie und die Teilnahme an den Wahlen ausgesprochen; einige Prediger erklärten die Ennahda sogar zu einer säkularen Partei, die sich nicht für die *Scharia* einsetzen würde.<sup>48</sup> Die tunesischen Salafisten agieren somit bisher als nicht politisch aktive Quietisten. Angespornt vom Wahlerfolg der Salafisten in Ägypten kann sich dies natürlich ändern – möglicherweise bereits bei den Parlamentswahlen Ende des Jahres 2012.

Gruppen tunesischer Salafisten haben in den letzten Monaten durch aggressive und teils gewaltsame Aktionen auf sich aufmerksam gemacht.<sup>49</sup> So sollte beispielsweise durch Sitzblockaden und gewaltsame Angriffe auf Studenten und Lehrpersonal an Universitäten erreicht werden, dass auch Frauen, die einen Gesichtsschleier (*niqab*) tragen zu Vorlesungen und Prüfungen zugelassen werden.<sup>50</sup> Am 7. Oktober 2011 zeigte der Sender Nessma TV den Zeichentrickfilm „Persepolis“<sup>51</sup> und übertrug im Anschluss eine Diskussionsrunde über religiösen Fundamentalismus. In dem Film wird gezeigt, wie sich ein kleines Mädchen im Traum mit Allah, dargestellt als alter, weiser Mann, unterhält und ihn zurückweist. Bildliche Darstellungen Gottes sind nach islamischem Recht verboten. Noch am gleichen Abend kam es zu gewalttätigen Demonstrationen und tätlichen Angriffen durch Salafisten auf Nabil Karoui, den Eigentümer des Senders, sowie auf Gegendemonstranten.<sup>52</sup> Die Ennahda-Partei verurteilte die gewaltsamen Übergriffe zwar, kritisierte aber auch die Ausstrahlung des Films.

Abb. 5: Ansichten zur Demokratie (PEW 2010)<sup>54</sup>



Karoui entschuldigte sich bereits am nächsten Tag öffentlich und sagte, er habe von der Ausstrahlung von Persepolis im Vorfeld nicht gewusst und bedauere diese, denn die bildliche Darstellung Gottes sei muslimischen Familien nicht zuzumuten. Nabil Karoui wurde trotzdem wegen Blasphemie und der Störung der öffentlichen Ordnung angezeigt, sein Gerichtstermin ist mehrfach verschoben worden. Aus Solidarität und um gegen Extremismus, Salafismus und Gewalt zu demonstrieren, versammelten sich am 28. Januar 2012 mehr als 6000 Teilnehmer in Tunis.<sup>53</sup>

### 4. Gibt es eine islamische Demokratie?

Es gibt eine ganze Reihe von Konzepten und Teilaspekten, auf die Bezug genommen werden kann, wenn man über das Verhältnis von Islam und Demokratie sprechen will. Vieles davon basiert auf Stellen im Koran, in denen diejenigen als gerecht bezeichnet werden, die (unter anderem) ihre Angelegenheiten durch „einvernehmliche Beratung“ (*Schura*) regeln.<sup>55</sup> Dieser Ansatz wird durch die *Sunna*, die überlieferten Worte und Traditionen des Propheten Mohammed und durch die Handlungen seiner ersten Nachfolger

verstärkt. Neben Konsultation und Konsens werden zudem eine Verfassung und der Schutz religiöser Freiheiten als Schlüsselmerkmale islamischer Regierungsführung betrachtet.

Der Vertrag von Medina aus der Zeit um 622 n. Chr., der auch als erste niedergeschriebene Verfassung überhaupt bezeichnet wird und vom Religionsstifter Mohammed entworfen und mitunterzeichnet wurde, dient als Grundlage dieser Argumentation. Der

Vertrag regelte nicht nur die Fragen der Regierungsgewalt und der Rechtsprechung, sondern war zudem ein Gesellschaftsvertrag, mit dem das friedliche Zusammenleben von Muslimen, Juden, Christen und Heiden organisiert wurde.

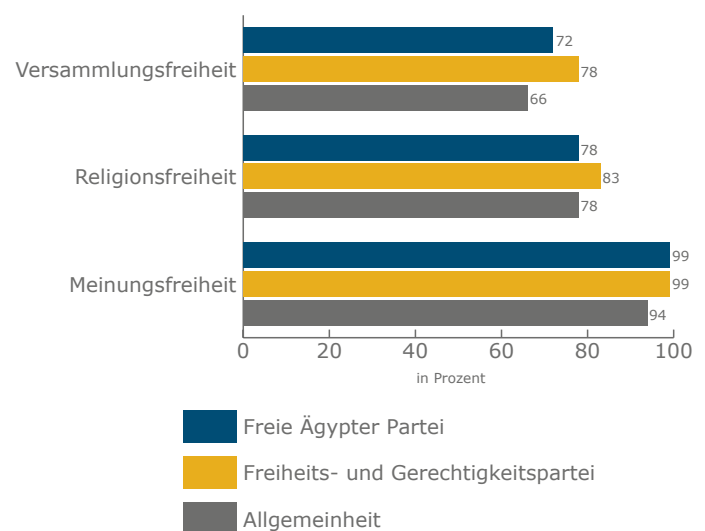
Muqtedar Khan fasst zusammen, dass dieser erste islamische Staat in Medina auf einem Gesellschaftsvertrag beruhte, konstitutionellen Charakter hatte und der Herrscher seine Souveränität mit der ausdrücklich niedergeschriebenen Zustimmung aller Bürger des Staates ausübte.<sup>56</sup> Die Zustimmung durch die Bevölkerung geschah damals durch ein individuelles Treuegelöbnis (*bayah*). Dem Beispiel des Propheten folgend, muss ein islamisches Regierungssystem also über eine Verfassung verfügen, ihrem Wesen nach pluralistisch sein und all seinen Bürgern die gleiche Sicherheit und gleichen Rechte vor dem Gesetz zugestehen.<sup>57</sup>

Als historisches Dokument kann der Vertrag von Medina zwar nicht einfach in die heutige Zeit kopiert werden, aber er dient als Leitbild derer die argumentieren, Islam und Demokratie, inklusive Rechtsstaatlichkeit und politischen wie religiösem Pluralismus, wären miteinander vereinbar.<sup>58</sup>

Wie Julia Leiniger hervorhebt, spricht für die generelle Vereinbarkeit von Islam und Demokratie zudem, dass Albanien, Indonesien, Mali, Senegal und die Türkei, alles Staaten mit mehrheitlich muslimischer Bevölkerung, Demokratien sind.<sup>59</sup>

Kai Hafez betont richtigerweise es sei notwendig, zwischen einer „liberalen Demokratie“, in der die liberale Menschenrechtsidee mit der demokratischen Ordnung kombiniert wird, und den Kernbeständen einer Demokratie, nämlich freien Wahlen, Versammlungsfreiheit und Meinungsfreiheiten, zu unterscheiden. Verwendet man diesen engeren Demokratiebegriff, so Hafez, dann könnten die großen islamistischen Parteien der Arabischen Welt als demokratisch angesehen werden.<sup>60</sup>

Abb. 6: Zustimmung zu Grundrechten (Ägypten/Gallup 2012)<sup>61</sup>



#### 4.1 Offene Fragen zur islamischen Demokratie

Zunächst ist unter Islamgelehrten strittig, ob die Konsultation mit dem *Schura*-Rat für den Herrscher/die Regierung verpflichtend oder nur empfehlenswert ist. Muqtedar Khan gibt sich, selbst unter der Annahme es bestehe eine Pflicht zur Konsultation, skeptisch was die direkte Vergleichbarkeit von *Schura* und Parlament angeht. Denn die Demokratie erlaube auch die Abänderung fundamentaler Texte; man kann also die Verfassung ergänzen und verändern, nicht aber den Koran oder die *Sunna*.<sup>62</sup> Ähnlich hatte, wie oben gezeigt, auch der Muslimbruder Qaradawi argumentiert.

Ebenfalls einer weiteren Diskussion und Klärung bedarf die Frage, ob mit dem *Schura*-Prinzip wirklich nur die Beratung gemeint ist, denn in einem wie auch immer gearteten repräsentativen Demokratiemodell hat die Volksvertretung bestimmte eigene Kompetenzen und Beschlussrechte. Im Kern geht es um die Frage, wie die *Scharia* im Allgemeinen und Besonderen interpretiert wird.

Wie sich die *Scharia* in Verfassung und Tagespolitik zu den bürgerlichen Freiheiten, den Rechten von Frauen, Andersdenkenden und Andersgläubigen, Atheisten/Agnostikern und Homosexuellen verhält, steht keinesfalls festgeschrieben, sondern zur Diskussion. Selbst die salafistischen Prediger, die sich ja wörtlich an die heiligen Texte halten wollen, sind sich in vielen Fragen untereinander uneinig und widersprechen sich auch öffentlich. Außerdem bringt eine Vielzahl von ihnen ein gehöriges Maß an Pragmatismus mit, wie man an dem plötzlichen und drastischen Positionswechsel zur Frage Demokratie und Wahlbeteiligung gesehen hat.

Bei der Kernfrage, wie diese Bekundungen zu Freiheit, Minderheiten und Demokratie zu bewerten sind, helfen die klaren Worte von Heiner Bielefeldt: „Was den freiheitlichen Rechtsstaat von autoritären und halbautoritären Systemen unterscheidet, ist nicht die generelle Berufung auf das Ziel der Freiheit, sondern die strenge Bindung an hier und jetzt geltende Freiheitsrechte.“<sup>63</sup>

## 5. Diskussion und Bewertung

Die Wahlen in Ägypten und Tunesien und der damit verbundene Sieg der islamistischen Parteien sollten von der EU und der Bundesregierung akzeptiert und gewürdigt werden. Europa muss verstehen und hinnehmen, dass die Ägypter gerade mehrheitlich nach ägyptischen Lösungen und die Tunesier nach tunesischen Wegen zur Meisterung ihrer vielfältigen Herausforderungen suchen. Dabei wird der Islam eine große Rolle spielen.<sup>64</sup>

Das schlechte Abschneiden der säkularen Parteien und Kandidaten hat viele Gründe. Die Muslimbrüder bieten nicht nur schon seit Jahrzehnten meist kostenlose Sozial- und Gesundheitsleistungen an, sie gelten auch als moralische Instanz, als Opfer des alten Systems und sie sind gut organisiert. In eingeschränkter Weise gilt das auch für die ägyptischen Salafisten. Ebenso relevant ist, dass die Islamisten in einer verständlichen und einleuchtenden Sprache kommuniziert haben, die von vielen Islambezüglichen geprägt war und deshalb auch verstanden wurde.

Und trotzdem befinden sich alle gewählten politischen Akteure in einer für sie absolut neuen Situation. Sämtliche über Jahrzehnte in der außerparlamentarischen, illegalen Opposition oder im Exil entwickelten Konzepte, Programme und Forderungen müssen nun mit der vorgefundenen Realität in Ägypten und Tunesien in Einklang gebracht werden. Klar scheint zumindest, dass eine große Anzahl Menschen nach den Erfahrungen mit der westlichen Kolonialherrschaft und den (säkularen) Experimenten mit Sozialismus und Nationalismus/Panarabismus nun der Idee einer islamischen Demokratie eine Chance geben will. Wie genau diese ausgestaltet sein soll, wissen weder die Bürger noch die Parteien – nach einer Theokratie ruft jedenfalls keine der relevanten Gruppierungen.

## EIN ISLAMISCH-ARABISCHES DEMOKRATIEMODELL KÖNNTE AKZEPTANZ- UND IDENTITÄTSSTIFTEND SEIN.

Die Idee einer islamisch-arabischen Demokratie, in die die regionalen und teils religiös motivierten Vorstellungen von Gerechtigkeit und Freiheit, Rechtsstaatlichkeit und Menschenrechten einfließen, wäre unter den anderen realistischen Alternativen auch aus europäischer Sicht die Beste. Ob dieses Demokratiemodell nun säkular (strikte Trennung von Staat und Religion) oder zivil (Trennung, aber auch Kooperation von Staat und Religion) genannt wird, ist unerheblich. Entscheidend ist vielmehr, dass das neue politische System von religiösem und weltanschaulichem Pluralismus geprägt ist. Mit einer starken Refe-

renz zur islamischen Kultur und Religion könnte ein islamisch-arabisches Demokratiemodell akzeptanz- und identitätsstiftend sein, Extremisten die Rekrutierung von Anhängern erschweren und positive Impulse in die europäische Diaspora senden. Mit dem bis heute starken Einfluss von Religion auf Politik und die öffentliche Moral sind übrigens auch säkulare westliche Staaten wie Irland, Polen und insbesondere die USA vertraut.

Ob die Muslimbrüder und Teile der Salafisten in Sachen Demokratie und Menschenrechte politische ehrliche Protagonisten sind oder doch insgeheim eine antidemokratische Agenda verfolgen, lässt sich zum gegenwärtigen Zeitpunkt nicht sagen. Ein gewisser Vertrauensvorsprung von europäischer Seite, wie von Volker Pertes immer wieder angemahnt,<sup>65</sup> verbunden mit einem konsequenten Monitoring der parlamentarischen Aktivitäten beider Gruppierungen, erscheint als das gegenwärtig geeignetste Vorgehen.

Unter Würdigung der Ereignisse der letzten zwölf Monate liegt insgesamt der Schluss nahe, dass in Tunesien und Ägypten nicht die Islamisten den Bürgern ihre Moral aufzwingen werden, sondern dass die Islamisten sich pragmatisch verhalten und das umsetzen, was von der Bevölkerung mehrheitlich akzeptiert wird. Sollte dem so sein, kommt dem Schutz der Minderheiten vor einer Tyrannei der Mehrheit eine besondere Wichtigkeit zu. Im Moment ist außerdem offen, ob (als Ergebnis der gegenwärtigen Verfassungsdiskussionen und der Arbeit der verfassungsentwerfenden Versammlungen) aus den Präsidialsystemen nun parlamentarische Demokratien werden sollen. Für Ägypten ist noch viel relevanter, ob aus der Revolte (Regierungswechsel) überhaupt eine Revolution (Systemwechsel) wird, also ob das Militär und das alte Establishment die Macht vollständig an eine gewählte zivile Regierung abgeben werden.<sup>66</sup>

Von weiterem Interesse ist, ob sich die Muslimbrüder in ihrer konkreten politischen Arbeit zur politischen Mitte hin orientieren werden. Die Salafisten sind in Ägypten eine starke Konkurrenz und es besteht die Gefahr, dass die Muslimbrüder gerade bei den individuellen Freiheitsrechten nach „rechts“ rücken, um den radikaleren Salafisten den Wind aus den Segeln zu nehmen. Es ist aber durchaus auch möglich, dass sich die Muslimbrüder nach 83 Jahren Feindseligkeit gegenüber dem Westen und westlicher Politik nun öffnen, genauso wie es die Sowjetunion unter Michael Gorbatschow getan hat. Dafür spricht, dass der Großteil ihrer Führungskader und Anhänger aus dem wirtschaftlichen Mittelstand stammt. Zwar werden auch dort gerne hitzige Debatten über den israelisch-palästinensischen Konflikt und die diesbezügliche Rolle Europas und der USA geführt, letztendlich muss die Bruderschaft jedoch die Lösungen für die Brot-und-Butter-Themen liefern. Nur um den vorrevolutionären wirtschaftlichen Status Quo zu erhalten, ist aufgrund der weiter wachsenden Bevölkerung in Ägypten beispielsweise ein Wirtschaftswachstum von jährlich 6-7 Prozent und die Entstehung von 700.000 neuen Arbeitsplätzen notwendig.<sup>67</sup>



Gerade weil es noch kein fertiges Modell der islamischen Demokratie gibt, ist der Spielraum Europas, positiven Einfluss auszuüben und wirksame Unterstützung zu leisten, potentiell groß. Der Aufbau und die Stärkung demokratischer Institutionen und die Förderung der rechtlichen und politischen Rahmenbedingungen können nicht von außen erzwungen oder importiert, sondern allenfalls unterstützt werden. Wichtig ist hier insbesondere, den Dialog mit pro-demokratischen Islamisten zu suchen und mit Demokratieförderung befasste NGOs weiter zu unterstützen.

Neben der Stärkung von Dialogen und dem Auf- und Ausbau von pro-demokratischen Netzwerken sollte die Intensität der Kooperation mit den Nachbarn der EU zukünftig konsequent an konkrete und messbare Fort- bzw. Rückschritte bei den Themen *good governance* und Menschenrechte geknüpft werden. Die wirksame Implementierung der neuen EU-Nachbarschaftsinitiative, in der ein „mehr“ an Demokratie, Pluralismus und Menschenrechten die Transformationsstaaten finanziell belohnt, Rückschritte dagegen sanktioniert werden, ist dringend notwendig. Bereits

bestehende Projekte der direkten wirtschaftlichen Zusammenarbeit, etwa zum Abfall- und Wassermanagement und erneuerbaren Energien, sollten weitergeführt werden.

Die sich im Umbruch befindlichen arabischen Staaten sind gerade erst am Anfang ihres jeweils neuen, eigenen Weges. Diejenigen, die sich in Richtung einer pluralistischen (islamischen) Demokratie entscheiden, werden für sich selbst und für ihre Nachbarstaaten Demokratiedividenden generieren, die sich auch in einem Zuwachs an Freiheit, Gerechtigkeit, Wohlstand und ziviler Sicherheit bemerkbar machen werden. Die politische und finanzielle Förderung von demokratischen Akteuren und Organisationen einerseits, und der offene und direkte Dialog mit pro-demokratischen Islamisten in der Arabischen Welt andererseits, sind deshalb im ureigenen europäischen und deutschen Interesse.

## 6. Handlungsempfehlungen an die deutsche Bundesregierung und die Europäische Kommission

- ▶ Um die neuen strategischen Positionen und Partnerschaften mit den relevanten politischen Akteuren aufzubauen muss von nun an ein offener, kritischer und direkter Dialog mit allen Kräften, die sich auch nur im Ansatz für Pluralismus, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit engagieren – also explizit auch mit den Muslimbrüdern und den eher demokratisch denkenden Salafisten – geführt werden. Europäische Regierungen und/oder NGOs sollten in den Umbruchstaaten Konferenzen und Seminare in Kooperation mit pro-demokratischen Partnerorganisationen aus muslimischen Ländern (z. B. Türkei, Albanien, Indonesien) veranstalten, zu denen explizit dialogbereite Muslimbrüder und Salafisten eingeladen werden.
- ▶ Pro-demokratische Parteien, Fraktionen und Parlamentarier in Nordafrika und dem Nahen Osten sollten in den kommenden Jahren stärker als bisher durch regelmäßige Besuche von Mitgliedern des Europäischen Parlaments, der nationalen und regionalen Parlamenten politisch und moralisch unterstützt werden.
- ▶ Die bisherige Unterstützung der in Ägypten angeklagten NGO-Mitarbeiter, insbesondere der Mitarbeiter der Konrad-Adenauer-Stiftung, durch die EU-Kommission, die Bundesregierung, den Bundestag und die deutschen politischen Stiftungen sollte unbedingt aufrechterhalten werden.
- ▶ Aufgrund des Zusammenhangs von Demokratisierungsgrad und ziviler wie äußerer Sicherheit sollten die als kurzfristige Reaktionen auf die Umbrüche in der Arabischen Welt aufgelegten

Programme<sup>68</sup> in mittel- und langfristige Konzeptionen und Finanzierungsplanungen überführt werden.

- ▶ Im Rahmen der neuen EU-Nachbarschaftsinitiative muss durch den Aufbau eines leistungsfähigen Monitoring- und Implementierungssystems und der Entwicklung klarer und transparenter Indikatoren sichergestellt werden, dass Veränderungen in den nachfolgenden Bereichen ausgewertet und damit zur Grundlage von Kooperation gemacht werden können:

- freie und faire Wahlen,
- Vereinigungs-, Meinungs- und Versammlungsfreiheit, freie Presse, freie Medien und freie Kunst,
- Rechtspflege durch ein unabhängiges Gerichtswesen und Recht auf ein faires Verfahren,
- Korruptionsbekämpfung,
- Rechte von religiösen, ethnischen, politischen und sexuellen Minderheiten,
- Reform des Sicherheitssektors und der Strafverfolgung (einschließlich der Polizei) und
- Gewährleistung der demokratischen Kontrolle der Streit- und Sicherheitskräfte.

NGOs aus Geber- und Nehmerländern könnten gemeinsam mit der EU-Kommission die Evaluierung koordinieren. Zur Orientierung könnte beispielsweise der Freiheitsindex von Freedomhouse, der Governance Matters Index der Weltbank oder der Bertelsmann Transformation Index dienen.<sup>69</sup>

## Fußnoten

1. Vgl. Julia Leininger, Demokratieförderung, Kleines Lexikon der Politik, München 2006.
2. Vgl. Jörn Grävingsholt, Julia Leininger, Oliver Schlumberger, Demokratieförderung: Quo vadis? Aus Politik und Zeitgeschichte, Nr. 8, 2009, [http://www.bpb.de/publikationen/IR9APL,0,0,Demokratief%C6%92derung%3A\\_Quo\\_vadis.html#art0](http://www.bpb.de/publikationen/IR9APL,0,0,Demokratief%C6%92derung%3A_Quo_vadis.html#art0) (10.01.2012).
3. Vgl. Andrea Gawrich und Wulf Lapins, Demokratieförderung als europäische Herausforderung, Friedrich-Ebert-Stiftung, Berlin, Juni 2006, <http://library.fes.de/pdf-files/id/04433.pdf> (16.12.2011).
4. Vgl. Europäische Kommission, Europaid, [http://ec.europa.eu/europeaid/where/neighbourhood/index\\_en.htm](http://ec.europa.eu/europeaid/where/neighbourhood/index_en.htm) (10.10.2011).
5. Vgl. Jan Techau, Zähne für den Tiger, Zeitschrift für Internationale Politik, Nr. 4, 2011, S. 157.
6. Vgl. Jörg Faust, Ist die Erde eine Scheibe oder ein Würfel?, in: Analysen und Stellungnahmen, Deutsches Institut für Entwicklungspolitik, Nr. 2, 2012, [http://www.die-gdi.de/CMS-Homepage/openwebcms3.nsf/\(ynDK\\_contentByKey\)/ANES-8RBE5J/\\$FILE/AuS%202.2012.pdf](http://www.die-gdi.de/CMS-Homepage/openwebcms3.nsf/(ynDK_contentByKey)/ANES-8RBE5J/$FILE/AuS%202.2012.pdf) (03.02.2012). Zu den Hintergründen aus Sicht eines NGO Vertreters: Sherif Mansour, Call the Generals' Bluff, Foreign Policy, 02.02.2012, [http://www.foreignpolicy.com/articles/2012/02/07/call\\_the\\_generals\\_bluff](http://www.foreignpolicy.com/articles/2012/02/07/call_the_generals_bluff) (08.02.2012).
7. Aus offizieller ägyptischer Sicht: Al-Arabiya News, 08.02.2012, <http://english.alarabiya.net/articles/2012/02/08/193439.html?PHPSESSID=vpi4tif1dnq7bpcjfcq7okub0> (08.02.2012).
8. Vgl. Egypt Independent, Reuters Meldung, 15.02.2012, <http://www.egyptindependent.com/node/660976> (15.02.2012).
9. Vgl. Bruce Hoffman, Inside Terrorism, New York, 2006, S. 2.
10. Vgl. Bruno S. Frey und Susanne Neckermann, Sicherheit, Strafe und positive Alternativen, DIW Berlin, Vierteljahreshefte zur Wirtschaftsforschung 78, 2009, S. 65 sowie Bruno S. Frey und Simon Leuchinger, How To Fight Terrorism: Alternatives To Deterrence, Institute for Empirical Research in Economics University of Zurich, Working Paper Nr. 137, Dezember 2002.
11. Seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs waren Demokratien ähnlich häufig in militärische Konflikte und Kriege verwickelt wie Nicht-Demokratien, aber eben nicht miteinander. Vgl. Sven Chojnacki, Demokratien und Krieg, Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung (WZB), discussion papers, Juli 2003, S. 4.
12. Vgl. Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung, Die Millenniumsziele – Herausforderungen für die Zukunft, [http://www.bmz.de/de/was\\_wir\\_machen/ziele/hintergrund/ziele/millenniumsziele/index.html](http://www.bmz.de/de/was_wir_machen/ziele/hintergrund/ziele/millenniumsziele/index.html) (01.10.2011).
13. Vgl. The Middle East Media Research Institute (MEMRI), Special Dispatch, 12.02.2012, <http://www.memri.org/report/en/0/0/0/0/0/0/6075.htm> (12.02.2012).
14. Vgl. Robert S. Leiken und Steven Brooke, The moderate Muslim Brotherhood, Foreign Affairs Magazine, März/April 2007.
15. Ebd.
16. Vgl. Alexander Ritzmann, Strukturen des Terrors – Wie al-Qaida und Hisbollah sich organisieren und was der Tod Osama Bin Ladens für al-Qaida bedeute, BIGS Essenz Nr. 3, Juni 2011, <http://www.bigs-potsdam.org/files/BIGS%20Essenz%20-%20Strukturen%20des%20Terrors%20-%20Bildschirmversion.pdf> (10.01.2012) und Alexander Ritzmann, Zehn Jahre nach dem 11. September 2001 – Neue Herausforderungen im Kampf gegen al-Qaida, BIGS Essenz Nr. 5, September 2011, [http://www.bigs-potsdam.org/files/BIGS\\_Essenz\\_No\\_5\\_Zehn\\_Jahre\\_nach\\_9\\_11\\_Bildschirmversion\\_sec.pdf](http://www.bigs-potsdam.org/files/BIGS_Essenz_No_5_Zehn_Jahre_nach_9_11_Bildschirmversion_sec.pdf) (10.02.2012).
17. Vgl. Gallup World, Iranians, Egyptians, Turks: Contrasting Views on Shari, 10.07.2008, <http://www.gallup.com/poll/108724/iranians-egyptians-turks-contrasting-views-sharia.aspx> (15.01.2012).
18. Vgl. Michael A. Lange, KAIRO – SPECIAL, Konrad-Adenauer-Stiftung, April 2006, S. 6.
19. Vgl. Lorenzo Vidino, The New Muslim Brotherhood in the West, Columbia University Press, September 2010, S. 59.
20. Ebd.
21. Vgl. IKhwanweb, News, FJP Chair: FJP Visions for Egypt's Future, <http://www.ikhwanweb.com/article.php?id=29518> (06.01.2012).
22. Ebd.
23. Vgl. John L. Esposito und John O. Voll, Makers of Contemporary Islam, Oxford/New York 2001, S. 115.
24. Vgl. Al Jazeera, Tunisia: A revolutionary model?, 30.01.2012, <http://www.aljazeera.com/programmes/empire/2012/01/201212612029993814.html> (30.01.2012).
25. Vgl. Vidino, S. 63.
26. Vgl. The Middle East Media Research Institute (MEMRI), Special Dispatch, 30.12.2012, <http://www.memri.org/report/en/0/0/0/0/0/0/6043.htm> (30.01.2012).
27. Vgl. J. Nadia, Tuniscope.com, 09.11.2011, <http://www.tuniscope.com/index.php/article/10155/actualites/tunisie/souad-184612> (09.11.2011).
28. Vgl. The Middle East Media Research Institute, Special Dispatch, 17.11.2011, <http://www.memri.org/report/en/0/0/0/0/254/0/5829.htm> (17.11.2011).
29. Vgl. Sarah Ben Hamadi, arte.tv, monde arabe, Gerüchte, Trägheit und Missgeschicke, 17.11.2011, <http://monde-arabe.arte.tv/de/sarah-ben-hamadi-geruechte-tragheit-und-missgeschicke/> (20.11.2011).
30. Vgl. David Pollock, Washington Post, Egypt's Muslim Brotherhood and Its Record of Double-Talk, 26.01.2012 <http://www.washingtoninstitute.org/templateC06.php?CID=1804> (26.01.2012).
31. Vgl. Gallup World, Iranians, Egyptians, Turks: Contrasting Views on Sharia, 2008, <http://www.gallup.com/poll/108724/iranians-egyptians-turks-contrasting-views-sharia.aspx> (15.01.2012). Die Werte blieben laut einer Umfrage des PEW Global Research Center auch 2011 fast unverändert: <http://www.pewglobal.org/2011/05/17/chapter-3-views-of-democracy-and-the-role-of-islam/> (15.01.2012).
32. Vgl. Peter Mandaville, Global Political Islam, London, Routledge, 2007, S. 246.
33. Vgl. Foreign Policy, Tracking the Revolutionary Mood, 24.01.2012, [http://www.foreignpolicy.com/articles/2012/01/24/The\\_State\\_of\\_Egypt?page=full](http://www.foreignpolicy.com/articles/2012/01/24/The_State_of_Egypt?page=full) (24.01.2012).
34. Ebd.
35. Nathan Field und Ahmed Hamam, Salafi satellite TV in Egypt, Arab Media and Society, Ausgabe 8, Frühjahr 2009, <http://www.arabmediasociety.com/?article=712> (10.09.2011).
36. Ebd.
37. Jonathan Brown, Salafis and Sufis in Egypt, CARNEGIE PAPER, Dezember 2011, S. 4.
38. Ebd. S. 6.
39. Vgl. Björn Blaschke, Tagesschau.de, Ägyptens

- Salafisten: religiös und nebulös, 23.01.2012, <http://www.tagesschau.de/ausland/salafistenaegypten100.html> (25.01.2012).
40. Vgl. [youtube.com](http://youtube.com), Egyptian Salafi Muslims Campaign For Coptic Churches Protection During Christmas, 29.12.2011, <http://www.youtube.com/watch?v=h8wcTTgc7gc> (15.01.2011).
  41. Vgl. Brown S. 7.
  42. Vgl. Ahram Online, Jadaliyya, Salafist Party Vows to Ban Alcohol, Beach Tourism in Egypt (12.12.2011), <http://www.jadaliyya.com/pages/index/3495/salafist-party-vows-to-ban-alcohol-beach-tourism-i> (15.12.2011).
  43. Vgl. David D. Kirkpatrick, The New York Times, In Egypt, a Conservative Appeal Transcends Religion, 10.12.2011, [http://www.nytimes.com/2011/12/11/world/middleeast/salafis-in-egypt-have-more-than-just-religious-appeal.html?\\_r=1&sc=2&sq=Salafis&st=cse](http://www.nytimes.com/2011/12/11/world/middleeast/salafis-in-egypt-have-more-than-just-religious-appeal.html?_r=1&sc=2&sq=Salafis&st=cse) (10.12.2011).
  44. Ebd.
  45. Vgl. Sherif Tarek, Jadaliyya, Q&A: Emad El-Din Abdel Ghafour, Chairman of the Salafist Nour Party, 12.12.2011, [http://www.jadaliyya.com/pages/index/3497/qanda\\_emad-el-din-abdel-ghafour-chairman-of-the-sa](http://www.jadaliyya.com/pages/index/3497/qanda_emad-el-din-abdel-ghafour-chairman-of-the-sa) (12.12.2011).
  46. Ebd.
  47. Vgl. Dalia Mogahed, Tracking the Revolutionary Mood, Foreign Policy, 24.01.2012, [http://www.foreignpolicy.com/articles/2012/01/24/The\\_State\\_of\\_Egypt?page=full](http://www.foreignpolicy.com/articles/2012/01/24/The_State_of_Egypt?page=full) (24.01.2012).
  48. Vgl. Mohamed Yacine Jelassi, La Tunisie Vote, NCA Election: An-Nahda without Attahrir or the Salafists, 17.10.2011, <http://www.latunisievote.org/en/politics/item/343-nca-election-an-nahda-without-attahrir-or-the-salafists> (25.10.2011).
  49. Vgl. Tarek Amara, Reuters, Tunisia police use tear gas on Islamist protesters, 09.10.2011, <http://af.reuters.com/article/topNews/idAFJJOE79807F20111009> (13.10.2011).
  50. Vgl. Klaus D. Loetzer, Philipp Trösser, Konrad-Adenauer-Stiftung, Länderbüro Tunesien/Algerien, Die Universität im Zentrum der religiösen Identitätskrise Tunesiens, 10.01.2012, <http://www.kas.de/tunesien/de/publications/29964/> (15.01.2012).
  51. Vgl. PERSEPOLIS (2007), <http://www.youtube.com/watch?v=j6Ua6AVcPvK> (05.01.2011).
  52. Vgl. Asma Ghribi, tunisialive, Tunisian Journalists Subject to Recent Wave of Violence, 24.01.2012, <http://www.tunisia-live.net/2012/01/24/tunisian-journalists-subject-to-recent-wave-of-violence/> (24.01.2012).
  53. Vgl. Sana Ajmi, In Tunis, Over 6,000 March Against Violence and Extremism, tunislive, (28.01.2012.), <http://www.tunisia-live.net/2012/01/28/in-tunis-over-6000-march-against-violence-and-extremism/> (05.02.2012).
  54. Vgl. Richard C. Auxier, Egypt, Democracy and Islam, PEW Research Center, 31.01.2011, <http://pewresearch.org/pubs/1874/egypt-protests-democracy-islam-influence-politics-islamic-extremism> (16.01.2012)
  55. Vgl. John L. Esposito und John O. Voll, Islam and Democracy, Humanities, Vol. 22, Nr. 6, November/Dezember 2001, <http://www.neh.gov/news/humanities/2001-11/islam.html> (10.03.2011).
  56. Vgl. Muqtedar Khan, Averroes Institut für wissenschaftliche Islamforschung AWIS, Demokratie und islamische Staatlichkeit, S. 4, <http://awis-islamforschung.eu/archiv/archivd/Islamische%20Demokratie.pdf> (15.03.2011).
  57. Vgl. Reza Aslan, Kein Gott außer Gott, C. H. Beck Verlag, München 2006, S. 75 ff.
  58. Vgl. Gudrun Krämer, Die islamische Demokratie, Die Zeit Online, 27.02.2011, <http://www.zeit.de/2011/09/P-Scharia> (27.02.2011).
  59. Vgl. Julia Leininger, Aufbruch im Frühling, Demokratie im Herbst? Warum Islam und Demokratie vereinbar sind, Deutsches Institut für Entwicklungspolitik, Oktober 2011, [http://www.die-gdi.de/CMS-Homepage/openwebcms3.nsf/\(ynDK\\_contentByKey\)/RHIZ-8N6AXR?Open&nav=expand%3APresse%5CDie%20aktuelle%20Kolumne%5CZusatzdokumente%3Bactive%3APresse%5CDie%20aktuelle%20Kolumne%5CZusatzdokumente%5CRHIZ-8N6AXR](http://www.die-gdi.de/CMS-Homepage/openwebcms3.nsf/(ynDK_contentByKey)/RHIZ-8N6AXR?Open&nav=expand%3APresse%5CDie%20aktuelle%20Kolumne%5CZusatzdokumente%3Bactive%3APresse%5CDie%20aktuelle%20Kolumne%5CZusatzdokumente%5CRHIZ-8N6AXR) (05.11.2011).
  60. Vgl. Kai Hafez, Eine neue Welle der Demokratisierung: Politische Umbrüche in der arabischen Welt. Bewegungen – Parteien – Medien, Vortrag Universität Marburg, 24. November 2011, S. 10, [http://www.uni-erfurt.de/fileadmin/user-docs/phillfak/kommunikationswissenschaft/files/publikationen/hafez/HAFEZ\\_2011\\_Red%20Marburg%20Langversion.pdf](http://www.uni-erfurt.de/fileadmin/user-docs/phillfak/kommunikationswissenschaft/files/publikationen/hafez/HAFEZ_2011_Red%20Marburg%20Langversion.pdf) (10.03.2012).
  61. Vgl. Magali Rheault und Dalia Mogahed, Many Turks, Iranians, Egyptians Link Sharia and Justice, in: Gallup World, 25.07.2008, <http://www.gallup.com/poll/109072/Many-Turks-Iranians-Egyptians-Link-Sharia-Justice.aspx#1> (15.01.2012).
  62. Vgl. Khan, S. 10.
  63. Vgl. Heiner Bielefeldt, Freiheit und Sicherheit im demokratischen Rechtsstaat, Deutschen Instituts für Menschenrechte, Essay Nr. 1, Dezember 2004, S. 5, [http://www.institut-fuer-menschenrechte.de/uploads/tx\\_commerce/essay\\_no\\_1\\_freiheit\\_u\\_sicherheit\\_i\\_demokratischen\\_rechtsstaat\\_01.pdf](http://www.institut-fuer-menschenrechte.de/uploads/tx_commerce/essay_no_1_freiheit_u_sicherheit_i_demokratischen_rechtsstaat_01.pdf) (09.11.2011).
  64. Vgl. Alexander Ritzmann, Wo die Scharia Demokratie bedeutet, Die Zeit Online, 05.03.2012, <http://www.zeit.de/politik/ausland/2012-03/aegypten-scharia-muslimbrueder> (05.03.2012).
  65. Vgl. Volker Perthes, Unbequeme Wahrheiten des Arabischen Frühlings, Die Zeit Online, 11.11.2011, <http://www.zeit.de/politik/ausland/2011-11/arabischen-staaten-umbruch-westen> (11.11.2011).
  66. Vgl. Stephan Roll, Das Militär und die Muslimbrüder, SWP-Aktuell 6, Februar 2012.
  67. Vgl. Robert Springborg, Armes reiches Land, Internationale Politik, 03.04.2011, <https://zeitschrift-ip.dgap.org/de/ip-die-zeitschrift/archiv/jahrgang-2011/mai-juni/armes-reiches-land> (15.05.2011).
  68. Vgl. Auswärtiges Amt, Umbruch in der arabischen Welt, [http://www.auswaertiges-amt.de/DE/Aussenpolitik/RegionaleSchwerpunkte/NaherMittlererOsten/Umbrueche-TSP/Ueberblick\\_Umbrueche\\_Arab\\_Welt\\_node.html](http://www.auswaertiges-amt.de/DE/Aussenpolitik/RegionaleSchwerpunkte/NaherMittlererOsten/Umbrueche-TSP/Ueberblick_Umbrueche_Arab_Welt_node.html) (10.05.2011) und Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung, Zusammenarbeit Ägypten, [http://www.bmz.de/de/was\\_wir\\_machen/laender\\_regionen/naher\\_osten\\_nordafrika/aegypten/zusammenarbeit.html](http://www.bmz.de/de/was_wir_machen/laender_regionen/naher_osten_nordafrika/aegypten/zusammenarbeit.html) (10.05.2011).
  69. Vgl. Freedomhouse, Countries at the Crossroads 2011, Methodology Questions, [http://www.freedomhouse.org/sites/default/files/inline\\_images/CAC2011methodology.pdf](http://www.freedomhouse.org/sites/default/files/inline_images/CAC2011methodology.pdf) (10.06.2011); Bertelsmann Stiftung, Der Transformation Index (BTI), <http://www.bertelsmann-transformation-index.de/> (10.06.2011); The World Bank, Governance & Anti-Corruption, <http://web.worldbank.org/WBSITE/EXTERNAL/WBI/EXTWBIGOVANTCOR/0,,menuPK:1740542~pagePK:64168427~piPK:64168435~theSitePK:1740530,00.html> (10.06.2011).





## IMPRESSUM

Die Brandenburgische Institut für Gesellschaft und Sicherheit (BIGS) gGmbH ist ein unabhängiges, überparteiliches und nicht-gewinnorientiertes wissenschaftliches Institut, das zu gesellschaftswissenschaftlichen Fragen ziviler Sicherheit forscht. Das BIGS publiziert seine Forschungsergebnisse und vermittelt diese in Veranstaltungen an eine interessierte Öffentlichkeit. Es entstand im Frühjahr 2010 in Potsdam unter der Beteiligung der Universität Potsdam und ihrer UP Transfer GmbH sowie der Unternehmen EADS, IABG und Rolls-Royce. Es wird vom Land Brandenburg gefördert. Alle Aussagen und Meinungsäußerungen in diesem Papier liegen in der alleinigen Verantwortung des Autors bzw. der Autoren.

Autor:

**Alexander Ritzmann**

Titel:

**Der islamische Frühling in der arabischen Welt –  
Demokratieförderung zur Schaffung ziviler Sicherheit**

Herausgeber:

**Brandenburgisches Institut für Gesellschaft und Sicherheit gGmbH  
Dr. Tim H. Stuchtey (V.i.S.d.P.)**

ISSN 2191-6756

Weitere Informationen über die Veröffentlichungen des BIGS befinden sich auf der Webseite des Instituts:

**[www.bigs-potsdam.org](http://www.bigs-potsdam.org)**

Copyright 2012 © Brandenburgisches Institut für Gesellschaft und Sicherheit gGmbH. Alle Rechte vorbehalten. Die Reproduktion, Speicherung oder Übertragung (online oder offline) des Inhalts der vorliegenden Publikation ist nur im Rahmen des privaten Gebrauchs gestattet. Kontaktieren Sie uns bitte, bevor Sie die Inhalte darüber hinaus verwenden.



Geschäftsführender Direktor: Dr. Tim H. Stuchtey  
Rudolf-Breitscheid-Straße 178 · 14482 Potsdam

Tel.: +49-331-704406-0 · Fax: +49-331-704406-19 · [info@bigs-potsdam.org](mailto:info@bigs-potsdam.org) · [www.bigs-potsdam.org](http://www.bigs-potsdam.org)